

# Die Deutschen: Schuld am Afghanistan-Desaster?



*Künftige Verhandlungspartner des Westens*



*Afghanistan: Anschläge...*



*Militärischer Rückzug...*



*...Flucht*

20 Jahre Krieg in Afghanistan gingen mit einem Paukenschlag zu Ende. Die Taliban zogen im Triumphzug in Kabul ein und die Invasionsarmee der USA und ihre Helfer verließen fluchtartig das Land. Die Bilder vom Flughafen in Kabul erinnern fatal an die Niederlage der USA in Vietnam 1975. Damals wie heute markiert das unrühmliche Ende des US-Einsatzes eine Zeitenwende. In Afghanistan hat jedoch auch Deutschland seine politischen Schwächen offenbart.

Besonders die „Orts-Unkundigen“ in Berlin gaben sich maßlos überrascht. Dabei war dieser Ausgang lange absehbar. Als die dramatischen Bilder aus Kabul über die Bildschirme flimmerten, mußten Alternativlosigkeit und höhere Gewalt als Argumente herhalten, um den politischen Dilletantismus der Akteure zu überdecken. Die Öffentlichkeit - jahrzehntelang mit dem Trugbild einer demokratischen Mission bei Laune gehalten - erkannte zumindestens einen Moment lang wie sehr sie einer fortwährenden Täuschung aufgefressen war. Einmal mehr wurde deutlich, wie sehr die deutsche Polinik von Illusionen und Wunschenken geleitet ist.

Mit dem Sieg der Taliban traten überall politische Fehleinschätzungen und Selbsttäuschungen zutage. Daß Deutschland dabei in den Fokus geriet, beruht auf seiner „bedingungslosen Solidarität“ mit den USA. Sowohl bei der Aufnahme von Flüchtlingen wie auch als militärische Operations-Basis der USA erwies es sich als williger Vasall. Mit 160.000 Soldaten stellten die Deutschen das zweitgrößte Truppenkontingent am Hindukusch. Zeitgleich stehen 40.000 US-Soldaten in Deutschland. Die stellen nach Afghanistan die zweitgrößte Auslandsarmee der USA. Das zeigt wie wichtig Deutschland dem großen Bruder ist. Nach Hause schicken können die Deutschen die US-Besatzung nicht. Aus Mangel an „Rückgrat“ im eigenen Land mußte die Bundeswehr beim

Afghanistan-Abenteuer bis zum bitteren Ende mitmarschieren.

Bei ihrem Einsatz überflügeln deutsche Politiker die Amerikaner sogar gelegentlich. Besonders in ihrem moralischen Pathos. Wie der ehemalige amerikanische Botschafter John Kornblum erst kürzlich erklärte, war der Staatsaufbau in Afghanistan eine Idee von Schröder und Fischer. Seit spätestens 2002 habe es zwei Afghanistan-Strategien nebeneinander gegeben: „Einmal Al Kaida ausrotten“ und einmal „nation building“. Und „nation building“ war ohne Frage eine deutsche Erfindung. Die sogenannte Friedensstrategie sei ausdrücklich auf Wunsch von Deutschland konzipiert worden, um innenpolitische Widerstände bei Grünen und SPD zu überwinden. Es ging einfach darum, das Wort „Krieg“ zu vermeiden. Die Amerikaner nahmen die unrealistische Idee gerne auf, wenn auch nur, um sich der Unterstützung der anderen Staaten zu versichern. Daß ein US-Vertreter die Schuld bei den Deutschen sieht, kommt zum Staunen über das allgemeine Desaster noch hinzu.

Ein Fazit des Krieges lautet: Die Umerziehung Afghanistans ist gescheitert. Die gigantische Fehleinschätzung läßt zwei verschiedene Schlüsse zu: Entweder haben unsere Politiker die Hörigkeit gegenüber den USA vertuschen wollen und dafür einen verlogenen Demokratie-Zauber veranstaltet. Oder die deutsche Elite, die schließlich selbst das Produkt einer umfassenden Umerziehung ist und offenbar zu der Überzeugung neigt, daß man eine Nation durch Masseneinwanderung beliebig neu formen kann, hat Afghanistan als ein Experimentierfeld für „nation building“, eine Staatsgründung aus der Retorte, begriffen und ist damit krachend gescheitert.

Die Politik muß sich jetzt wieder auf Deutschland zurückziehen. Wie man hört, will sie auf dem Rückzug möglichst viele Afghanen mitnehmen.

## Deutschland und seine „Ortskräfte“

Als Folge der Merkelschen Siedlungspolitik hielten sich bereits 2017 mehr als 252.000 Afghanen in Deutschland auf. Nicht erst seit 2015 liegt die deutsche Politik fest in den Händen einer Migrationslobby, die höchste Befriedigung darin verspürt, Überlegenheit und Unterwerfung durch Masseneinwanderung unter Beweis zu stellen. Die Argumente sind angeblich moralischer Natur, aber rücksichtslos gegen die einheimische Bevölkerung. Waren 2015 die fehlenden „Fachkräfte“ das Argument, mit dem die Deutschen zu mehr Einwanderung überredet werden sollten, so sind es heute die angeblich bedrohten „Ortskräfte“.

Deren Zahl hatte das Außenministerium vor dem Truppenabzug mit 528 beziffert, in den Medien schnellte ihre Zahl dann plötzlich auf 5000. Hatte jeder Soldat etwa einen privaten Dolmetscher zur Hand? Die „Ortskräfte“ sind wie ehemals nur ein vorgeschobenes Argument. Ihre Sicherheit wäre gut in den Nachbarländern gewährleistet. Die USA haben dort bereits Verträge über die Aufnahme geschlossen und dafür materielle Unterstützung zugesagt. Die Bundesregierung setzt jedoch auf die „Heimholung der Fremden“. Dabei stellt sich nun heraus, daß unter den 4500 nach Deutschland geholten Afghanen gerade mal 134 „Ortskräfte“ sind, während eine große Zahl von entlaufenen Zuchthäuslern, bekannten Vergewaltigern und bereits abgeschobenen ehemaligen Asylbewerbern mit den Rettungsflügen ins Land geholt wurde. Fachkräfte auf Gebieten, für die kein Bedarf besteht.

Die Regierung bereitet willfährig einen weiteren Massenzustrom vor. Minister Maas kündigte die Aufnahme von 50.000 „Flüchtlingen“ an, denen man - auch mit Zustimmung der Taliban! - noch zur Flucht verhelfen wolle. Seehofer meinte sogar, man müsse sich auf weitere 500.000 Zuwanderer einstellen. Die Grünen frohlocken: „Wir haben doch Platz!“ Auf dem



Weg in den Vielvölkerstaat spielen explodierende Sozialausgaben und Kriminalitätszahlen keine Rolle. *Fachkräfte heißen jetzt „Ortskräfte“*

Für dieses Versagen fehlen den meisten Bürgern die Worte. Viele spüren, hier ist etwas von Grund auf faul im Staate. Die eigene Bevölkerung zählt nicht, sie wird rücksichtslos mißachtet. Eine politische Klasse, die Deutschland als Auffangbecken für alle Minderbemittelten und angeblich Verfolgten der Welt begreift, gebärdet sich als Verteidigerin höchster Moral. Dabei könnte sie der bodenlosen Verantwortungslosigkeit des politischen Verbrechertums vergangener Großexperimente näherstehen als vom naiven Publikum vermutet.

Wer trägt hierfür die Verantwortung? Schuld hieran sind die Vertreter der deutschen Politik hierzulande, die Politiker „vor Ort“, unsere eigenen Ortskräfte. Jene, die unser Land eigentlich beschützen sollten, aber sich als willige Helfer erweisen, die unser Land immer mehr zu einem „zweiten Afghanistan“ werden lassen. Einem zerrissenen Land, ohne Zusammenhalt und ohne Zukunft. Da hilft nur eins: Schickt die falschen „Ortskräfte“ endlich nach Hause!

# Afghanistan: „Uneingeschränkte Solidarität“

Die US-Regierung hat entschieden, nach dem Abzug aus Afghanistan ihre US-Truppenpräsenz in Deutschland um weitere 10.000 Mann zu erhöhen. Um diese Entscheidung der Regierung den Deutschen mitzuteilen, reiste Floyd Austin, der erste Schwarz-Amerikaner im Amt des US-Verteidigungsministers, am 13.4.21 eigens nach Berlin. Neben dem bulligen schwarzen Militär wirkte die bescheiden lächelnde Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, kurz AKK, wie die perfekte Verkörperung deutscher Demut. Von einer Anforderung, einem Ersuchen um Beistand oder gar von Verhandlungen mit Berlin war keine Rede.



Das „schwächste Glied“? Die damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und ihr US-Kollege

Nach dem Terroranschlag des 11. September 2001 sicherte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder schon am Folgetage dem US-Präsidenten George Bush die „uneingeschränkte Solidarität“ Deutschlands zu. Am 4. Oktober 2001 rief die NATO erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall aus, obwohl kein Land, sondern nur eine Personengruppe die USA angegriffen hatte. Um die besondere Rolle der Deutschen herauszustreichen, fand die erste Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn statt. Der sog. Petersberg-Prozess begann interessanterweise genau an dem Ort, von dem aus der Hohe Kommissar der USA nach 1945 die Neuorganisation hin zur Bonner Republik eingeleitet hatte. Jetzt entwickelte man hier Pläne für Afghanistan.

Dreißig NATO-Staaten entsandten Truppen, weitere 17 Staaten, auch kleinere bis hin zu den Tonga-Inseln bewiesen Solidarität mit dem großen Bruder USA.

Die US-geführte Schutztruppe ISAF konnte zunächst einige Erfolge erzielen. Sie setzte dabei auf eine der afghanischen Bürgerkriegsparteien, in denen sich die verschiedenen Völker unter wechselnden „warlords“ organisiert hatten. Nach Auffassung von Altkanzler Gerhard Schröder trat mit dem Irakkrieg im Jahre 2002 eine entscheidende Wende ein. George „Warlord“ Bush „entfachte mit einer falschen Begründung einen Krieg gegen den Irak“ und brachte den ganzen Mittleren Osten ins Wanken. Schröder verkündete einen „Deutschen Weg“ als Alternative zur „amerikanischen Kriegstreiberei“, positionierte Deutschland als Friedensmacht und gehörte kurz darauf zur „Achse des Bösen“. In das durch Bush gerissene Sicherheitsvakuum sei eine neue Kriegspartei vorgestoßen: die Taliban. „Taliban“, zu deutsch „Schüler“, so nannten sich die in den Koranschulen Pakistans herangewachsenen Söhne der seit 1979 vertriebenen Afghanen, die sich die Rückeroberung ihrer Heimat auf die Fahnen geschrieben hatten. Pakistan war ihr uneinnehmbares Rückzugsgebiet, der Krieg schwelte über Jahre unvermindert weiter.

Als nach 10 Jahren keine greifbaren Erfolge sichtbar waren, zog Frankreich seine Soldaten ab. Die Probleme im Land seien

militärisch einfach nicht zu lösen, hieß es aus Paris. Außerdem war man verärgert über das Verhalten der USA. Die seien genauso unberechenbar wie die Taliban, war in Militärkreisen zu hören. Weitere Truppensteller wie Australien und die Niederlande stiegen ebenfalls aus.

Nach Auffassung von Gerhard Schröder beging danach Obama gravierende Fehler. Erst verkündete er 2014 einen US-Truppenabzug ohne die Verbündeten vorzuwarnen, alle begannen einen „Abzugswettlauf“, als sich die Situation verschärfte, erklärte Obama kurzerhand den „Rückzug vom Rückzug“. Das war die dritte Kurskorrektur innerhalb von 6 Jahren. Die Bundeswehr plante erneut um. Merkel bekräftigte uneingeschränkte Bündnistreue: „Gemeinsam rein, heißt auch gemeinsam raus.“ „Deutschland wird am Hindukusch verteidigt“ hieß es erneut. Donald Trump, Präsident seit 2016, scherte sich noch weniger um die Verbündeten. Im Alleingang verhandelte er in Katar mit den Taliban, über die Köpfe der Regierung in Kabul hinweg und ohne die Alliierten zu konsultieren. Im September 2020 verkündete er wieder einseitig den Truppenabzug. Auch unter Biden hat sich am rücksichtslosen Verhalten der USA nichts geändert. Es gilt: „America first“. Darin sehen viele Beobachter eine Bankrotterklärung der NATO, Frankreichs Präsident erklärte das westliche Bündnis deshalb für „hirntot“.

Bei weitem nicht so viel „Rückgrat“ erlauben sich die Deutschen. Die Gründe liegen natürlich auch im Charakter der Bundesrepublik als Produkt von Besetzung und „Befreiung“ und Ergebnis eines gelungenen „nation re-building“. Im Afghanistan Konflikt zeigte sich überdeutlich ein Mangel an Souveränität. Daß die USA ganz ungeniert die militärische Hoheit hierzulande ausüben möchten, scheint die deutschen „Ortskräfte“ nicht zu stören. Allein die Linke fordert den Abzug der US-Armee einschließlich aller Atomwaffen und will die militärische Erbüntertätigkeit beenden. Dieses Relikt der Besetzung steht bei den anderen Parteien nicht zur Diskussion.